Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstr. 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Anholt: W. Wolfing. — Dingden: Willy Schmitz. — Hammünkeln: H. Hengstermann. — Isselburg: Johann Welling. — Rhede: J. Heinrichs. — Ringenberg: Schniedertüns. — Sporkt: J. Krabbe. — Werth: Th. Parras. — Wesel: Hindenburgstraße 69.

Am 64. Jahrgang.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 258 | Montag, den 18. September 1933 | Jahrgang 1933

Die kirchliche Konkordatsfeier in Berlin.

Der Dankgottesdienst im St. Hedwigsdom.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 17. September. (Drahtb.).

Die vor acht Tagen erfolgte Ratifizierung des Reichskonkordats wurde am Sonntag in den katholischen Kirchen des Bistums Berlin durch Dankgottesdienste und Dankgebete gefeiert, um auch nach außen hin zu beweisen, daß mit dem Konkordat eine neue Epoche des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche eingeleitet worden ist und um sichtbar zum Ausdruck zu bringen, daß sich Kirche und Staat zu freudiger und ersprießlicher Zusammenarbeit für die Volksgemeinschaft und den neuen Aufbau des christlichen deutschen Staatswesens zusammengefunden haben.

In Berlin, dem Sitz der Bistumsleitung, der obersten Reichsführung und der Vertretungen der ausländischen Mächte wurde das Inkrafttreten des Reichskonkordats am Sonntag vormittag besonders feierlich begangen. Die St. Hedwigskathedrale und der geräumige Franz-Josefs-Platz vor der Kirche waren von vielen Tausenden von gläubigen Vertretern der höchsten kirchlichen und staatlichen Stellen, kirchlicher und weltlicher Vereine, Verbänden und Organisationen mit ihren Fahnen angefüllt, als gegen 10 Uhr der Vertreter des Hl. Vaters, Nuntius Orsenigo, mit großem Gefolge die Reihen durchschritt und unter den feierlichen Klängen des Ecce Sacerdos Magnus von Pabel in die Kathedrale einzog. Man sah in der Kirche u. a. als Vertreter des Auswärtigen Amts Gesandtschaftsrat Hüffer, Herrn von Savigny als Vertreter des Vizekanzlers von Papen, der zur Zeit in Ungarn weilt, für das Reichsinnenministerium Oberregierungsrat Conrad, ferner Mitglieder des diplomatischen Korps, die Führer im katholischen Leben der Reichshauptstadt und schließlich Vertretungen der großen nationalen Verbände SA, SS und Stahlhelm, die mit etwa 10 Fahnen und Bannern zum erstenmal an einem feierlichen Gottesdienst in der St. Hedwigskathedrale teilnahmen.

Kurz nach dem Einzug des Nuntius Orsenigo in die Kathedrale begann zum Dank für das Zustandekommen des Vertragswerkes und zur Fürbitte für die Zukunft das feierliche Pontifikalamt, das der Vertreter des Domkapitels, Kapitularvikar Dr. Steinmann, unter Pontifikalassistenz des Nuntius zelebrierte. Nach dem Evangelium hielt Domprediger P. Marianus Vetter aus dem Dominikanerorden die Predigt, in der er in sehr beachtenswerten Ausführungen das behandelte, was im Mittelpunkt der Sonntagsfeier stand.

Der bekannte Kanzelredner kennzeichnete das Wesentliche des Vertragswerkes zwischen Staat und Kirche und sprach vom Geiste des Konkordats, den er als einen Geist schöpferischen Lebens bezeichnete. Das Konkordat sei den deutschen Katholiken ein Unterpfand neuer lebendiger Begegnung von Kirche und Staat, ihrer Mutterkirche und ihrem Vaterlande. Der ungeschriebene Hintergrund dieses Konkordats sei, daß es geschlossen sei zwischen zwei Gewalten, deren oberste Träger sich vor Gott verantwortlich wüßten. Der eine dieser Träger sei der Hl. Vater in Rom, der andere Träger sei der deutsche Reichspräsident, ein gottesfürchtiger, treuer, deutscher Mann, an dessen Seite wir einen Mann mit ausgesprochener Gottesverantwortung wüßten. Infolgedessen sei dieses Konkordat nicht etwa ein politisches Instrument diplomatischer Künste, sondern eine Frucht gewissenhafter Sorge. Diese Gottesverantwortung müsse auch bei der Ausführung des Konkordats der schöpferische Untergrund bleiben, denn auch in staats- und kirchenpolitischen Fragen sei die lebendige Gottesfurcht der Anfang aller Weisheit und die Quelle allen Segens. Ferner sei das Konkordat getragen von einem ausgesprochenen Friedens- und Freundschaftswillen. Es sei kein Kompromiß, sondern ein Konkordat, ein Werk der einträchtigen Zusammenarbeit zum Wohle unseres deutschen Volkes. Kirche und Staat geben einander in freundschaftlichem Austausch von ihrem alten Gut: der Staat bekennt sich als Garant der christlichen Mission der Kirche, und die Kirche bekennt sich zum Einsatz ihrer Heilskräfte in den Dienst der Volksgemeinschaft. Dieser Freundschaftsbund zwischen Kirche und Staat stehe in seiner Auswirkung allerdings erst am Anfang. Aber es bleibe auch hier an den Reibungsflächen der Wirklichkeit das Wort des Volkskanzlers vorbildlich: „Ich sehe den Dom, nicht den ungehauenen Stein." Der Dom, das Friedensgebäude einträchtiger Zusammenarbeit, ist in seinen Grundplänen klar geschaut und festgelegt. Es sei verantwortungsvolle religiöse Pflicht und staatsbürgerliche Pflicht zugleich, das Konkordat in dem freundschaftlichen Geiste seines Entstehens nun auch ins Leben umzusetzen.

In diesem Sinne rief der Prediger zum Gebete auf und ermahnte die Zuhörer, den Treueid der katholischen Bischöfe als ihrer geistlichen Führer sich selbst zu eigen zu machen und ihre ganze Kraft mit einzusetzen am Aufbau des Vaterlandes. Damit verknüpfte er auch den dringlichen Wunsch der deutschen Katholiken, daß ganz im Geiste des Konkordats ihre Mitarbeit am Neubau des Vaterlandes mit ehrlichem Vertrauen angenommen werde. Nach dem Todeskampf eines gottlosen Zeitalters, so schloß der Prediger, dringe jetzt ähnlich wie im heutigen Evangelium von der Auferweckung des Jünglings zu Naim an unser Ohr der Ruf Christi: „Deutschland, ich sage dir, stehe auf!"

Durch Lautsprecher wurde die Predigt auch den Tausenden vermittelt, die außerhalb der Kirche einer heiligen Messe beiwohnten, die an einem auf den Kirchenstufen errichteten Altare zelebriert wurde und bei der eine Kapelle die Lieder der Gläubigen begleitete. Vor dem Dom wehten an hohen Masten Flaggen in den Farben der Kirche, mit dem Hakenkreuz und in Schwarz-weiß-rot.

Nach der Predigt nahm die feierliche Handlung am Altar ihren Fortgang. Nach dem erstmalig gemäß dem Konkordat verrichteten Gebet für das Vaterland und um Erleuchtung der Führer des Volkes mit dem Lichte der Weisheit folgte das Tedeum und der Segen, den der Nuntius, bekleidet mit der Mitra und den Stab in der Hand haltend, vom Bischofsthron spendete. Vor der Kirche wiederholte der Nuntius, der inzwischen die Cappa magna angelegt hatte, den Segen vom Altar herab auf die auf dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz stehenden Gläubigen, unter denen in vorderster Linie zwei Abteilungen SA, die Angehörigen der katholischen Jugendvereine und Angestellte der Berliner Verkehrsgesellschaft in Uniform befanden. Unter dem Gesang des Liedes: „Den Gruß laßt erschallen zum ewigen Rom!" und Heilrufen erfolgte die Abfahrt des Nuntius.

Nach Schluß des Gottesdienstes wurde dann auf dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz je eine Strophe des Deutschland-Liedes und des Horst-Wessel-Liedes gesungen.

Zum erstenmal hat sich somit am Sonntag auch nach außen hin die Verbundenheit von Kirche und Staat gezeigt. Der Aufbau des neuen Reiches und die Heranziehung eines wahrhaft christlichen Volkes erfordert noch harte Arbeit. Möge nun das Reichskonkordat, für das die deutschen Katholiken den Segen Gottes erflehen, den Führern Deutschlands ihre schwere Aufgabe erleichtern und sich zum Besten für Staat und Kirche auswirken.

Konflikt zwischen Nuntius und Regierung in Prag.

CNB **Prag**, 16. September.

Das Kabinett hat sich in einer außerordentlichen Ministerratssitzung heute mit einem Konflikt befaßt, der die tschechoslowakische Oeffentlichkeit schon seit einigen Tagen lebhaft beschäftigt. Es handelt sich um einen offenen Brief, den der Apostolische Nuntius, Mgr. Ciriaci, an den Vorsitzenden der slowakischen Volkspartei, Prälaten Hlinka, gerichtet hat, und der in tschechischen Kreisen als ein Affront der Regierung betrachtet wird. Das Kabinett hat beschlossen, den Heiligen Stuhl zu ersuchen, daß Mgr. Ciriaci zur Berichterstattung nach dem Vatikan berufen werde.

Dieses außergewöhnliche Vorgehen hat eine diplomatisch ungewöhnliche Vorgeschichte. Prälat Hlinka, einer der Führer der gegen die Prager Vorherrschaft gerichteten slowakischen Bewegung, hatte anläßlich einer großen Slowakenkundgebung in Neutra vor einiger Zeit eine scharf autonomistische Rede gehalten. In tschechischen Zeitungen war in diesem Zusammenhang in heftiger Form dem Nuntius der Vorwurf gemacht worden, er habe Hlinka zu diesem seinem Vorgehen ermutigt. Auf scharfe Proteste Ciriacis und ein entsprechendes Einwirken der Regierung auf die Presse hin schien der Konflikt beigelegt zu sein. Er ist jetzt erneut und verschärft aufgelebt, da der Nuntius an Hlinka den erwähnten Brief geschrieben hat, in dem es u. a. heißt:

„Während in Prag der Heilige Vater unmittelbar oder durch die Person seines Vertreters in einer Weise beleidigt wird, die alle Vorschriften internationaler Höflichkeit mißachtet, habt Ihr Slowaken der hohen Autorität des Heiligen Vaters die geziemende Ehrfurcht entgegengebracht. Ich danke Dir und den Deinen auch dafür, daß Ihr dem päpstlichen Nuntius, der in Gehorsam gegenüber dem Heiligen Vater in Prag zu leben gezwungen ist, in seinem bitteren Kummer Trost gebracht habt. Das werde ich Euch niemals vergessen. Die edle slowakische Nation wird mir stets in Erinnerung bleiben."

Dieser Brief hat dann zu der außerordentlichen Ministerratssitzung geführt.

Die tschechische Presse wendet sich mit Schärfe gegen den Brief des Nuntius. Die dem Außenministerium nahestehende „Lidove Noviny" bezeichnet den aufsehenerregenden Brief als eine Beleidigung der Hauptstadt und der Regierung. Der vom Nuntius gezogene Unterschied zwischen Tschechen und Slowaken sei in dieser demonstrativen Form ein Eingriff in die inneren Verhältnisse des Staates, der nur eine gemeinsame tschechisch-slowakische Nation kenne. Alles spricht dafür, daß das Schreiben des Nuntius weitgehende Folgen nach sich ziehen wird.

Der Tag des deutschen Bauern

Aufruf zum Erntedanktag 1933.

w **Berlin**, 16. September.

Am 1. Mai hat das deutsche Volk in überwältigender Geschlossenheit ein Bekenntnis zum deutschen Arbeiter und zur nationalen Arbeit abgelegt. Der Tag der nationalen Arbeit wurde im ganzen Reich feierlich begangen, um dem deutschen Volke in allen seinen Ständen die Würde und Ehre der werkschaffenden Arbeit und die innere Verbundenheit ihrer Träger mit der Nation lebendig vor Augen zu führen.

Nunmehr stehen wir am Ende eines durch Saat und Ernte begrenzten Zeitlaufs. Am Sonntag, dem 1. Oktober soll ein Deutscher Erntedanktag das Bewußtsein der Blutsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Bauerntum zum Ausdruck bringen.

Der deutsche Bauer hat durch treue Erfüllung seiner immer wiederkehrenden Aufgaben am fruchtbringenden Boden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Deutschland ohne Nahrungssorgen dem kommenden Winter entgegensehen kann. Der deutsche Bauer will darüber hinaus auch in besonderem Maße beim Winterhilfswerk des deutschen Volkes gegen Hunger und Kälte mitarbeiten.

In Würdigung der besonderen Bedeutung des Bauern für die ganze Nation hat die Reichsregierung gerade in diesen Tagen besonders einschneidende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet zu seinem Schutze ins Werk gesetzt. Das ganze Volk aber begeht mit dem deutschen Bauern zusammen in Dankbarkeit gegen Gott den Abschluß der Ernte.

Eine große Kundgebung der deutschen Bauern auf dem Bückeberg bei Hameln wird über alle deutschen Sender übertragen und vom ganzen Volke miterlebt; in allen Städten und Dörfern wird der Tag des deutschen Bauern würdig ausgestaltet und in gemeinsamen örtlichen Veranstaltungen begangen werden.

Das deutsche Volk bekennt sich am 1. Oktober in seiner Gesamtheit zu seinem Bauerntum. Es bringt damit feierlich zum Ausdruck, daß es im Bauernstande die Lebensgrundlage der deutschen Zukunft erblickt.

gez. R. W. Darré,
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft;
Dr. Goebbels,
Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

Das Programm des Tages.

tu **Berlin**, 17. September.

Das Tagesprogramm für den 1. Oktober sieht folgendes vor: 6.30 Uhr Wecken, Musikzüge, Platzkonzerte, Rundfunkmusik usw. 7.35—8 Uhr: Eröffnung des Deutschen Erntedanktages im Rundfunk durch eine Rede des Reichsministers Dr. Goebbels, die über alle deutschen Sender geht. Der Vormittag ist freigehalten von öffentlichen Kundgebungen, damit die Kirchen Gelegenheit haben, ihrerseits beizutragen zur Ausgestaltung des Festes und zur Durchführung von Gottesdiensten. Um 10 Uhr treffen Sonderflugzeuge mit Bauernführern und Bauern aus dem ganzen deutschen Reiche auf dem Tempelhofer Feld in Berlin ein. Die Insassen werden zwischen 11 und 12 Uhr vom Reichskanzler empfangen. Zwischen 11 und 13 Uhr finden Platzkonzerte und Kundgebungen aller Art nach örtlichen Programmen statt. Bis 16 Uhr etwa werden in Stadt und Land Erntezüge veranstaltet, bei denen Ansprachen der örtlichen Bauernführer gehalten werden. Auch finden zu dieser Zeit öffentliche Konzerte, Spiele und altdeutsche Tänze statt. Die Durchführung dieser Programme wird nicht zentralisiert, sondern richtet sich nach den örtlichen Gebräuchen in den einzelnen Landesgegenden. Die Oberleitung in der Durchführung im Reich liegt in der Hand der Landespropagandastellen in Verbindung mit dem Landesführer der Bauern.

Den Höhepunkt des Tages bildet von etwa 17—19 Uhr die große Kundgebung des deutschen Bauerntums auf dem Bückeberg bei Hameln. Im ganzen Reich finden zu dieser Zeit örtliche Kundgebungen statt, in deren Mittelpunkt die Uebertragung der Reden vom Bückeberg steht. Auf dem Bückeberg werden Reichskanzler Adolf Hitler und Reichsernährungsminister Darré Reden an das deutsche Bauerntum halten. Die Kundgebung ist als eine gewaltige Demonstration von über einer halben Million Bauern gedacht. Auf dem Bückeberg wird die gesamte Reichsregierung zugegen sein. Umrahmt werden die Reden von großen Reiterspielen, an denen sich die Reichswehr stark beteiligen wird. Die Menschenmassen stehen auf einem Bergeshang und sehen herunter auf die Ebene und auf die Weser. Man sieht in der Ebene die Salutbatterien herangaloppieren, abprotzen und Salut schießen. Anschließend an die großen Reden findet ein Zapfenstreich und das Absingen des Deutschlandliedes statt. Höhenfeuer werden auf den den Kundgebungsplatz umgebenden Höhen abgebrannt. Auf der Weser wird ein Lampion-Korso von den Vereinen veranstaltet. Außerdem sind noch verschiedene Ueberraschungen beabsichtigt. Anschließend an die Uebertragungen werden im ganzen Reich anknüpfend an die örtlichen herkömmlichen Gebräuche fröhliche Abendfeiern mit Tanz stattfinden.

Für den deutschen Erntedanktag ist ein besonderes Festabzeichen geschaffen worden, das zwei Aehren zeigt, die von einer Mohnblüte zusammengefaßt werden. Durch dieses Abzeichen, das im ganzen Deutschen Reich als einziges Abzeichen an diesem Tage vertrieben wird, wird gleichzeitig die Verbindung dieser großen Kundgebung des deutschen Erntedankfestes mit dem großen Winterhilfswerk des deutschen Volkes „Gegen Hunger und Kälte" zum Ausdruck gebracht, da ein Teil der Erträge aus dem Verkauf des Abzeichens der Winterhilfe zugeführt wird.

Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko.

Bisher 80 Tote geborgen.

TU **Mexiko** (Stadt), 17. Sept.

Infolge starker Regengüsse brach am Santiago-Fluß der San-José-Damm. Die Fluten überraschten die schlafende Stadt San Luis Potosi und spülten große Teile der Unterstadt fort. Bisher wurden 80 Tote geborgen, die teils ertrunken, teils unter zusammenstürzenden Häusern begraben worden waren. Man befürchtet, daß sich die Zahl der Toten noch erheblich erhöhen wird.

Verheerender Sturm an der amerikanischen Ostküste.

TU **Newyork**, 17. Sept.

Die gesamte Ostküste der Vereinigten Staaten vom Karibischen Meer bis Neu-England wurde von einem schweren Sturm heimgesucht, der von einem sintflutartigen Regen begleitet war. Weite Strecken Landes sind überschwemmt. Viele Eisenbahndämme wurden durch die Fluten durchbrochen. Fast die gesamte Ernte ist vernichtet. Die stark angeschwollenen Bäche ersäuften die Schächte des Truesdale-Bergwerks in Pennsylvanien. Die Belegschaft des Bergwerks in Stärke von 8 000 Mann erkämpfte sich verzweifelt den Ausgang zu Tage. Sechs Bergleute ertranken.

Schweres Schiffsunglück im Hafen von Malmö.

w **Malmö**, 17. September.

Der Dampfer „Malmö", der den Verkehr zwischen Malmö und Kopenhagen aufrechterhält, stieß Sonntag abend gegen ½12 Uhr beim Einlaufen in den hiesigen Hafen mit einem norwegischen Dampfer zusammen. Die beiden Schiffe wurden infolge des wuchtigen Zusammenstoßes stark beschädigt. Etwa 50 Personen wurden verletzt. Nähere Einzelheiten liegen noch nicht vor.

Die Nationalständische Front des österreichischen Vizekanzlers Winkler.

Gegen den „Austrofaschismus" Starhembergs, für Unterstützung der Bestrebungen des Bundeskanzlers Dollfuß.

Gründungsfest in Graz mit nationalsozialistischen Gegenkundgebungen.

((**Graz**, 17. September.

Die unter Führung des Landbund-Vizekanzlers Winkler stehende Nationalständische Front, in der der Landbund, der Ständebund für Handel und Gewerbe und der Nationale Beamten- und Arbeiterbund vereinigt sind, beging in Form einer politischen und militärischen Kundgebung heute ihr Gründungsfest. Die Kundgebung begann mit dem Empfang des Vizekanzlers Winkler, der die Front von 12 Bataillonen der verschiedenen Selbstschutzformationen abschritt. Auf den Tribünen sah man unter den Ehrengästen die Minister Schumy und Kerber.

Vizekanzler Winkler erklärte zu Beginn seiner Rede, die Nationalständische Front werde nicht in der vaterländischen Front aufgehen und sie lehne den „Austrofaschismus des Heimatbundes" aufs schärfste ab. Die Nationalständische Front wolle einem Zustand ein Ende setzen, der weite Teile des österreichischen Volkes uneinig abseits stehen lasse in einer Zeit, wo größte Entscheidungen für Volk und Staat heranreiften. Durch die Gründung der Nationalständischen Front solle der Grundstein zu einem großen Einigungswerk gelegt werden. Die Aufgaben der Nationalständischen Front beim kommenden Neuaufbau des Staates bestünden darin, zwischen der restlosen Ablehnung der Demokratie und der Forderung nach einer diktatorischen Staats-

führung den Mittelweg zu suchen. Die neue Verfassung werde die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Stände ihr Geschick selbst in die Hand nehmen und nicht mehr auf die Gnade der Parteien angewiesen seien. Er habe dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß die Erklärung gegeben, daß die Bewegung bereit sei, die Bestrebungen des Bundeskanzlers zur Sicherung des großen gemeinsamen Zieles zu unterstützen, darunter sei die Erhaltung Oesterreichs als unabhängiger deutscher Staat, die Ausmerzung von Klassen- und Kulturkampf und die Durchführung der Verfassungsreform auf ständischer Grundlage zu verstehen. Den austrofaschistischen Forderungen Starhembergs aber werde sich die nationalständische Front niemals beugen.

Am Schluß seiner Rede forderte Vizekanzler Winkler zur Zusammenarbeit beim Neuaufbau des Staates als deutschen christlichen Volksstaat in der Ostmark zum gemeinsamen Kampf gegen Marxismus und Sozialismus in den Reihen der Nationalständischen Front für Freiheit, Ehre und Vaterland auf.

Die Kundgebung der Nationalständischen Front gab Anlaß zu großen Gegenkundgebungen von nationalsozialistischer Seite. In großen Mengen brachen Anhänger der NSDAP mit Rauchbomben und unter Absingung des Deutschlandliedes in die Aufstellung der ständischen Formationen ein. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen. Die Polizei war, wie sie mitteilt, am Einschreiten zunächst stark behindert, da die Polizeizentrale der Stadt durch eine Wagenburg von vielen Postautos, die an den Ausgängen des Gebäudes überraschend vorgefahren war, blockiert worden war. Inzwischen wurde durch die Ingangsetzung sämtlicher Feuermelder die ganze Stadt in Aufregung gebracht. Wie die Polizei mitteilt, gelang es erst nach längerer Zeit berittener Schutzmannschaft, unter Anwendung des Gummiknüppels die Nationalsozialisten zurückzudrängen. Hierbei wurden 20 Personen verletzt und 100 verhaftet. Darunter befand sich auch der Vertreter einer der größten amerikanischen Nachrichtenagenturen, ein amerikanischer Staatsangehöriger, der photographiert hatte und nun unter der durch nichts begründeten Beschuldigung, reichsdeutscher Agent zu sein und für deutsche Zeitungen Aufnahmen zu machen, festgenommen wurde. Erst nach Feststellung seiner Personalien wurde er schließlich wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach der Kundgebung der Nationalständischen Front fand eine Pressekonferenz statt, in der Vizekanzler Winkler nach einer Meldung der „Grazer Tagespost" erklärte, daß er dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß Gefolgschaft gelobt hat, doch werde der Kanzler zu erklären haben, ob er sich für die Demokratie oder für den Faschismus entscheide. In letzteren Falle könne Vizekanzler Winkler nicht länger in der Regierung bleiben.

Steidle und Starhemberg in Kufstein.

CNB **Kufstein**, 17. Sept. (Eigene Meldung.)

Bei einer Wimpelweihe der hiesigen Heimatschutzjugendgruppe befaßte sich Landesführer Steidle mit dem Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Frage, die, wie er erklärte, täglich gestellt werde, sei, wann denn Freundschaftsverhandlungen eingeleitet würden. Der Heimatschutz wolle kein Angebot, das als Schwäche ausgelegt werden könnte. Im übrigen hänge das davon ab, wie sich in Oesterreich die innerpolitischen Verhältnisse entwickelten. Bundeskanzler Dr. Dollfuß habe das Heimwehrprogramm von 1930 übernommen. Der Heimatschutz gelobe dem Kanzler Gefolgschaft, wenn er im Sturmschritt zur Verwirklichung des übernommenen Programms weitergehe.

Bundesführer Starhemberg erklärte u. a., daß sich das bodenständige Volk Oesterreichs anschicke, einen neuen Staat nach neuen Grundgedanken zu schaffen. Zwar sei es zu begrüßen, daß sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß auch auf den Boden dieser Gedankenwelt stelle. Dies allein genüge aber nicht. Unbedingt notwendig sei, daß in den Reihen der Mitarbeiter eine Säuberung durchgeführt werde, weil der neue Staat nicht aufgebaut werden könne mit typischen Korruptionisten. Solche Leute seien als Staatsmänner nicht brauchbar. Der Heimatschutz verlange daher, daß auch in dieser Beziehung restlos Befriedigung geschaffen werde.

Mit gefälltem Bajonett gegen Demonstranten.

WTB **Klagenfurt**, 18. Sept.

In Spittal an der Drau kam es heute vor dem Gebäude des Bezirksgerichtes zu Kundgebungen einer großen Menschenmenge, die sich gegen die erfolgte Dienstenthebung des Bezirkshauptmanns von Spittal und gegen die von christlich-sozialer Seite und vom Heimatschutz geforderte Amtsenthebung des Landeshauptmanns von Kärnten, Kernmayer, richteten. Polizei und Gendarmerie wollten die Ansammlungen zerstreuen, wobei es zu Zusammenstößen mit den Kundgebern kam. Um die Ruhe wieder herzustellen, wurde eine Kompagnie Alpenjäger aufgeboten, die dann mit gefälltem Bajonett die Straße räumte. Von den Kundgebern wurden sechs Personen verletzt, davon eine schwer durch einen Bajonettstich in die Lunge.

Glückwunsch und Dank des Papstes an Dollfuß.

tu **Wien**, 15. September.

Kardinalstaatssekretär Pacelli hat an den päpstlichen Nuntius in Wien nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Ich bitte Ew. Exzellenz, dem Herrn Kanzler Dr. Dollfuß den Glückwunsch des Heiligen Vaters zu dessen höchstgediegener Rede auszudrücken und das besondere Wohlgefallen Seiner Heiligkeit für die Wertung der Enzyklika Quadragesimo anno. Verbinden Sie damit die Glückwünsche zum herrlichen Verlauf des historischen Gedenkens. Versichern Sie ihm des Wohlgefallens Seiner Heiligkeit und überbringen Sie namens des Heiligen Vaters den apostolischen Segen." — Bundespräsident Miklas hat an den Bundeskanzler ein Handschreiben gerichtet, in dem er auf den glänzenden Verlauf des Katholikentages verweist und allen denen, die im In- und Auslande um dessen Gelingen sich bemühten, im Namen Oesterreichs seinen aufrichtigsten und wärmsten Dank ausspricht. Das Schreiben schließt mit der Verleihung des großen goldenen Ehrenzeichens am Bande für Verdienste um die Republik Oesterreichs an den Bundeskanzler.

Anstelle Dr. Silverbergs ist der Legationsrat in der Bayerischen Vertretung beim Reich und Stabsführer im Verbindungsstab der NSDAP Rolf Rainer, Berlin, und anstelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Kaiser der Leiter des Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe Georg Körner, Berlin, zum Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ernannt worden.

Pius XI. an die deutschen Bischöfe.

Antwort auf ein Schreiben der Fuldaer Bischofskonferenz.

Unter dem 29. Juni hat der Hl. Vater an die deutschen Bischöfe ein erst jetzt bekannt gegebenes Antwortschreiben gerichtet, das sich auf die Beratungen der ersten Fuldaer Bischofskonferenz bezieht und in deutscher Uebersetzung wie folgt lautet:

Unsern geliebten Söhnen und ehrwürdigen Brüdern

Adolf, Titular von St. Agnes vor den Mauern, Kardinalpriester der hl. römischen Kirche, Bertram, Erzbischof von Breslau,

Michael, Titular von St. Anastasia, Kardinalpriester der hl. römischen Kirche, von Faulhaber, Erzbischof von München-Freising,

Karl J., Titular von den hl. vier Gekrönten, Kardinalpriester der hl. römischen Kirche, Schulte, Erzbischof von Köln,

und den übrigen Erzbischöfen und Bischöfen Deutschlands spendet Pius XI. Papst Gruß und apostolischen Segen.

Geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder!

Die ehrfürchtige Bezeigung der Treue und Liebe, die Ihr in Eurem gemeinsamen Briefe vom Ausgange des vorigen Monats an uns gesandt habt, haben wir mit großem Wohlwollen entgegengenommen. Als Ihr Bischöfe des gesamten Deutschlands am Grabe des hl. Bonifatius Euch zusammenfandet, um gemeinsam die für diese unsere Zeitverhältnisse geeigneten Weisungen zu beraten, war es Euer vornehmstes Bemühen, Augen und Herzen hier zum Stuhle des heiligen Petrus zu erheben, dem Ihr in Gehorsam und Liebe so eng verbunden seid. Da haben wir denn zunächst mit großer Freude zur Kenntnis genommen, daß Ihr jene heilsamen Lehrstücke, die wir in unseren Enzykliken, je nachdem es die Zeitverhältnisse verlangten, ins Gedächtnis zu rufen und zu erläutern für gut befanden, mit großem Eifer Euch zu eigen gemacht habt und mit erneuten und gesammelten Kräften herzhaft Euch einsetzt, daß das geliebte deutsche Volk den katholischen Glauben im privaten wie im öffentlichen Leben bekenne und die christliche Lebensregel im häuslichen und bürgerlichen Wandel wieder zur Geltung bringe. Fürwahr, jeder muß doch sehen, daß die äußersten Uebel, die das Menschengeschlecht so sehr bedrücken, ihren notwendigen Ursprung haben in der Entfesselung der Begierden, in der so großen Lockerung der Sitten, letztlich in dem nur notdürftig verhüllten Abfall der menschlichen Gesellschaft von Gott. Es kann darum für diese Uebel auch kein anderes Heilmittel geben, als daß die Menschen gelehrigen Geistes und bereiteten Herzens sich wieder mit Gott versöhnen, ihre unsinnigen Irrtümer und Frevel durch heilsame Buße sühnen, durch beharrliches Gebet und Werke glühender Liebe die göttliche Barmherzigkeit erflehen, die die Völker heilt und erhält, die Staaten freimacht und sie zu größerer und echter Wohlfahrt führt. Möchte doch mit Gottes Segen dieses Jubiläumsjahr der Erlösung den glücklichen Erfolg zeitigen, daß die menschliche Gesellschaft sich zu ihrem Herrn und Gott, der sie durch sein heiliges Blut aus der unseligen Knechtschaft der Sünde zur Freiheit erkaufte, so bekehre, daß sie jenen Frieden und jene Ruhe, die Gott den ihn Liebenden versprochen hat, endlich genießen darf.

Damit aber jene so ersehnte Rückkehr der menschlichen Gesellschaft zu Gott bei Euch um so eher und leichter erfolge, habt Ihr, unsere geliebten Söhne und ehrwürdigen Brüder, im Gehorsam gegen unsere eigenen diesbezüglichen Weisungen den Entschluß gefaßt, von Tag zu Tag stärker die katholische Aktion zu fördern, die, wenn sie je am Platze war, heute über alle Maßen notwendig erscheint, und in keinem ihrer Teile leicht durch ein anderes Werk erfüllt oder ersetzt werden kann. Da nämlich diese katholische Aktion, wie wir dies mehr als einmal bei Gelegenheit erklärt haben, nichts anderes bedeutet als die Teilnahme der Laien am hierarchischen Apostolat, so ist ganz klar, daß sie, wenn sie mit großer Freigebigkeit des Herzens, mit glühendem Eifer und größter Gefügigkeit gegen die Bischöfe des Heiligtums ausgeübt wird, für Euch ein neuer Kraftstrom sein wird in der wachsenden Notlage Eurer Sprengel. Durch sie wird die Tätigkeit der Priester, vom Laienstand tatkräftig unterstützt, fruchtreicher werden und zumal mehr Gläubige erreichen, die sonst die Predigt und die Amtswaltung des bestellten Geistlichen niemals hätte erfassen können. Besonders die stetige, einträchtige und überlegte Arbeit der katholischen Aktion zur rechten Bildung der heranwachsenden Jugend wird notwendig die von uns so ersehnten Früchte bringen: daß die der Kirche von Gott gegebenen menschlichen Rechte unter allen Zeitumständen unversehrt erhalten bleiben, daß Christus durch seine Wahrheit und seine Gnade in den Herzen der Menschen herrsche, daß die bürgerliche Gesellschaft, ganz gleich, unter welcher Regierungsform sie stehe, christlich sei und christlich sich betätige.

Der Gehorsam und die Treue, die den zu Recht bestellten Leitern des Staates zu erweisen sind, fließen aus der immerwährenden katholischen Lehre, die auch Ihr aus dem Zeugnis des heiligen Paulus bekräftigt habt, und sind durch sie geboten. Es ist auch gar kein Zweifel, daß katholische Männer, eben aus ihrer Religion, die sie in Treue und tätigem Eifer bekennen, in jedem Volke den öffentlichen Gewalten aufrichtige und treue, dauernde Mitarbeit leisten werden, sofern nur die Rechte Gottes und der Kirche heil und unangetastet bleiben.

Wir hoffen darum, daß aus dem, was Ihr in Fulda beraten und zum Beschluß gebracht, erfreuliche Frucht des Heiles hervorgehen werde, um so reichere Frucht, je enger die Gläubigen mit ihren Hirten verbunden bleiben, je vollkommener die Einigkeit und die Arbeitsverbundenheit der beiden Gewalten, der geistlichen und der weltlichen, in Bestand bleibt. Für jetzt wünschen wir, daß diese unsere Anschauung allen Gläubigen Deutschlands durch Euch kundgemacht werde. Wir beten zu Gott, daß er Eurem Bemühen und Eurer Tätigkeit gnädigen Beistand leiste, und erteilen im Hinblick auf die Gnade des Himmels und zum besonderen Erweis unserer Liebe Euch, geliebten Söhnen und ehrwürdigen Brüdern, und dem ganzen Volke, dem Ihr vorgesetzt seid, in aller Liebe im Herrn den Apostolischen Segen.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 29. Juni, dem Feste der Apostel Petrus und Paulus, im Jahre 1933 dem 12. unseres Pontifikates.

Pius PP. XI.

Der Rundfunkskandal.

Die früheren Rundfunkgrößen in Untersuchungshaft.

TU **Berlin**, 17. September.

Gegen den ehemaligen Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft Dr. Magnus sowie gegen den früheren Intendanten der Berliner Funkstunde Dr. Flesch und gegen den einstigen Rundfunkreporter Alfred Braun wurde Haftbefehl wegen Untreue erlassen. Die drei ehemaligen Rundfunkgrößen wurden unmittelbar nach Erlaß des Haftbefehls aus dem Konzentrationslager in Oranienburg in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit überführt. Auch die ehemaligen Breslauer Rundfunkdirektoren Hadert und Bischoff sowie der Vorstand des Aufsichtsrats der Schlesischen Funkstunde, Bankdirektor Zorek, wurden in Breslau, besonders wegen des Vorwurfs handelsrechtlicher Untreue, verhaftet.

Wir erfahren zu diesen sensationellen Verhaftungen folgende Einzelheiten: In dem Strafverfahren gegen den ehemaligen Direktor der Berliner Funkstunde, Professor Knoepfke, der bekanntlich Ende dieser Woche seinem Leben freiwillig ein Ende machte, spielte der frühere Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft Dr. Magnus als Zeuge eine sehr eigenartige Rolle, die der Staatsanwaltschaft Veranlassung gab, seine Tätigkeit als Direktor der Reichsrundfunkgesellschaft sowie als Aufsichtsratsmitglied der meisten deutschen Sender nachzuprüfen.

Es ergab sich hierbei, daß die Korruption an den Sendern Leipzig, Breslau, Köln von gleicher Ungeheuerlichkeit wie bei der Berliner Funkstunde war und daß diese Mißstände von Dr. Magnus geduldet wurden.

Er ließ es zu, daß sich die verantwortlichen Rundfunkleiter an den genannten Sendern neben ihren hohen Gehältern gegenseitig hohe Tantiemen, Sonderspesen und sonstige Sonderzuschüsse zuschoben, wofür er sich Sonderspesen von den einzelnen Sendegesellschaften zahlen ließ.

In Köln z. B., wo sich der frühere Intendant Hardt neben seinem Gehalt und Aufwandsspesen riesige Sondereinnahmen dadurch zu verschaffen wußte, daß er sich mehrere Jahre hindurch an manchen Tagen sogar dreimal vor das Mikrophon stellte und sich dafür die höchstmöglichen Mitwirkungshonorare anwies, hat Dr. Magnus, als die Oeffentlichkeit auf diese Vorgänge aufmerksam wurde, dem Intendanten Hardt ein Sonderhonorar von monatlich 1000 Mark zugewiesen.

Hardt hat jetzt selbst zugegeben, daß er seine Sondervorträge, wie übrigens Magnus genau wußte, von dem Moment an, da er eine feste Entschädigung erhielt, so gut wie ganz eingestellt hat.

In diesem Falle hat Magnus seine Aufsichtsratspflichten insofern noch besonders schwerwiegend verletzt, als er sogar Sonderbeauftragter des Aufsichtsrats des Kölner Rundfunks war. Er hat ferner erlaubt, daß der frühere Aufsichtsratsvorsitzende des Mitteldeutschen Rundfunks in Leipzig, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Otto, der inzwischen auch verhaftet wurde, neben seinem Gehalt, neben einer jährlichen Aufwandsentschädigung von etwa 5000 Mark und einer Tantieme von 4000 Mark ohne irgendwelche Unterlagen ständig noch weitere 14 000 Mark „für besondere Tätigkeit" bekam. Diese Beträge wurden lediglich auf mündliche Anordnung von Dr. Magnus durch die Reichsrundfunk-Gesellschaft bezahlt.

Im Zusammenhang mit der Knoepfke-Affäre, bei der in der Oeffentlichkeit immer wieder die Frage erhoben wurde, wie es überhaupt möglich war, daß Knoepfke sich phantastische Sondereinnahmen verschaffen konnte, dürfte es nicht ganz uninteressant und für das Strafverfahren besonders gravierend sein, daß Dr. Magnus von der Berliner Funkstunde eine besondere Jahresentschädigung von 10 000 Mark erhielt.

Herr Knoepfke zahlte eben an Herrn Magnus Schweigelder dafür, daß er sich riesige Nebeneinnahmen mit Duldung seiner höchsten Aufsichtsratsstelle verschaffen konnte.

Unter diesem Gesichtspunkt wird auch der Selbstmord Professor Knoepfkes verständlich. Denn die strafrechtlichen Verfehlungen dieses ehemaligen Berliner Rundfunkdirektors waren allerschwerster Art.

Knoepfke hat in der Voruntersuchung selbst nicht bestritten, mehrere hunderttausend Mark Einkommen- und Vermögenssteuern hinterzogen zu haben. Genau so steht fest, daß die Inhaber der Druckerei J. F. Preuß den Direktor der Funkstunde als Geschäftsführer der Zeitschrift „Funkdienst G. m. b. H.", ebenfalls mit mehreren 100 000 Mark bestochen haben.

Bei der Nachprüfung der Rechnungen hat sich herausgestellt, daß die Firma Preuß die Ausgaben für diese Schmiergelder durch betrügerische hohe Rechnungen für die Papierlieferungen wieder ausgeglichen und darüber hinaus noch 100 000 Mark verdient hat. Die Untersuchung in dem Verfahren gegen Knoepfke, die vom Oberstaatsanwalt Reimer und Staatsanwaltschaftsrat Seidenspinner geführt wurde, hat ferner ergeben, daß Knoepfke sich unberechtigte Spesen in Höhe von 71 000 Mark bei der Berliner Funkstunde auszahlen ließ.

Es ist festgestellt worden, daß er bei einem Gehalt von 48—50 000 Mark durch Sondereinnahmen, Spesen und besonders durch seine Einkünfte an der Zeitschrift „Funkstunde" in der Zeit von 1924 bis 1932 1 388 955 Mark vereinnahmt hat.

Diese Einnahmen waren nur dadurch möglich, daß Dr. Magnus mit dem geschäftstüchtigen Treiben des Berliner Funkdirektors einverstanden war. Neben Kaviar-, Sekt- und sonstigen Schlemmergelagen, die bei sämtlichen verhafteten Rundfunkleitern an der Tagesordnung waren, ist bei diesen Verhafteten der Tatbestand handelsrechtlicher Untreue gegeben. Es konnte in Breslau festgestellt werden, daß in großem Umfange an den Sonntagen und am Wochenende Vergnügungsfahrten auf Kosten der Rundfunk-Gesellschaft vorgenommen wurden und daß im Falle Köln der Geschäftsdirektor Korte nach seinem eigenen Geständnis Dienstreisen liquidierte, die er gar nicht gemacht hat, und diese Reisen damit begründete, daß er durch sie seine Aufwandsentschädigung ohne Steuerabzug erhalten wollte.

In Köln wurden des weiteren sowohl von dem Intendanten Hardt wie von seinem Direktor Korte erhebliche Schmiergelder an den Redakteur eines Revolverblattes bezahlt, der persönlich Angriffe gegen den Kölner Rundfunk richtete. Ferner wurde einer Architektenfirma durch Intendant Hardt ein Auftrag nur unter der Bedingung erteilt, daß an einen Angestellten des Kölner Rundfunk namens Levy 2500 Mark Provision gezahlt wurden.

Der Rundfunkskandal ist durch die Verhaftung von Dr. Magnus und durch die Verhaftungen an den Sendern Köln, Breslau und Leipzig auf den Höhepunkt gelangt. Noch bleibt die Rolle zu klären, die der Sozialdemokrat Heilmann, der einen unbedingten Einfluß auf alle diese Sender hatte, im Hintergrund gespielt hat. Viele Fäden über den Rundfunkkorruptionsskandal dürften, ähnlich wie beim Barmatskandal, auch bei ihm zusammenlaufen. Die Strafverfahren, die die Staatsanwaltschaften in Berlin, Köln, Leipzig und Breslau angängig gemacht haben, beweisen, wie notwendig die Säuberung des Rundfunks war.

Die erste Arbeitstagung des neuen Preußischen Staatsrats.

w **Berlin**, 16. September.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Ministerpräsident Göring hat die erste Arbeitstagung des neuen Preußischen Staatsrats am 16. September vormittags 11 Uhr im Jaspis-Saal des Neuen Palais in Potsdam eröffnet. Der Ministerpräsident legte in eingehenden Ausführungen dar, welche Arbeiten der Staatsrat zu leisten haben wird, und ging dabei auf alle wichtigen Fragen ein, die die Staatsregierung gegenwärtig beschäftigen. Er forderte die Staatsräte auf, dem Staatschef mit Einsatz ihrer ganzen Person zu helfen, die Richtlinien des Führers, die für Preußen als Dienstanweisung zu gelten haben, zur Verwirklichung zu bringen.

Anschließend referierten die Staatsräte Gauleiter Terboven-Essen und Universitätsprofessor Dr. Carl Schmitt-Köln über das Thema: Staatsverwaltung im nationalsozialistischen Staat. Während der erste Redner die einschlägigen Fragen von der weltanschaulichen und grundsätzlichen staatspolitischen Seite her behandelte und hierbei insbesondere auf die Grundaufgaben hinwies, die die Partei im Staate zu lösen hat, erörterte Staatsrat Professor Schmitt besonders eingehend Wesen und Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung im Nationalsozialismus.

Der Ministerpräsident stellte das Ergebnis der Beratung fest und schloß um 5 Uhr nachmittags die Sitzung.

Göring Mitglied des Großen Konvents der Arbeitsfront.

TU **Berlin**, 17. Sept.

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley, hat, wie der nationalsozialistische Zeitungsdienst meldet, den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring gebeten, in den Großen Konvent der Deutschen Arbeitsfront einzutreten. Ministerpräsident Göring hat dieser Bitte mit großer Freude entsprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß er ihr besonders gern nachkomme, weil er sich immer mit der deutschen Arbeiterschaft verbunden gefühlt habe.

Oeffentliche Zustellung der Entlassungsurkunde für Marxisten.

VDZ **Berlin**, 16. September.

Da an marxistische Beamte, die ins Ausland geflüchtet sind und auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassen werden, keine Entlassungsurkunde ausgehändigt werden kann, so wird neuerdings ihre Entlassung durch öffentliche Zustellung im Reichsministerialratblatt vollzogen. Wie das VDZ-Büro meldet, wird jetzt z. B. die sofortige Entlassung des ehemaligen Ministerialdirektors Bad veröffentlicht, der sich z. Zt. im Auslande aufhält. In derselben Weise ist vom Reichsstatthalter für den Freistaat Sachsen dem früheren Privatdozenten der medizinischen Fakultät in Leipzig, Dr. Temkin, die Lehrbefugnis entzogen worden.

Oldenburgische Verwaltungsreform

w **Oldenburg**, 16. September.

Die „Oldenburgische Staatszeitung", das amtliche Organ der oldenburgischen Regierung, bringt heute einen Ueberblick über die vom Staatsministerium verordnete Verwaltungsreform für den oldenburgischen Landesteil Lübeck. Gleichzeitig meldet sie, daß auch für den oldenburgischen Landesteil Birkenfeld eine Verwaltungsreform durchgeführt ist. Die neue Verordnung im Landesteil Lübeck bringt eine Verringerung der Zahl der Gemeinden von 19 auf neun; von den drei bisherigen Stadtgemeinden bleiben nur zwei als Städte bestehen, Eutin und Bad Schwartau, während die Stadtgemeinde Ahrensboek Landgemeinde wird. Im übrigen erfolgt eine Aufhebung der kollegialen Verwaltungsreform, soweit sie beim Landesverband vorhanden ist. Sie wird ersetzt durch eine Verwaltungsreform, die das Führerprinzip durchführt. Die Gemeindeverordnungen und die Fürsorgepflichtverordnung werden mit dem gesamten Aufbau des Fürsorgewesens an die Neuregelung im Landesteil Oldenburg angeglichen.

Der Mordbrenner Max Hölz in Rußland ertrunken.

w **Moskau**, 16. September.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Der bekannte deutsche Kommunist Max Hölz ist gestern bei einer Bootsfahrt auf dem Oka-Fluß in der Nähe der Stadt Gorki ertrunken.

Max Hölz, von Beruf ursprünglich Techniker, war während der innerpolitisch bewegten Jahre der Nachrevolutionszeit zum Schrecken in Deutschland geworden. Im November 1918 wurde er Vorsitzender des Erwerbslosenrats in Falkenstein i. V. und übernahm die Führung in der im März 1920 im Vogtland von den Kommunisten inszenierten Gegenaktion gegen den Kapp-Putsch. Als die Reichswehr in diesen Kampf eingriff, flüchtete Hölz in die Tschechoslowakei, die sich dem deutschen Auslieferungsbegehren widersetzte. Im März 1921 setzte Hölz sich an die Spitze des kommunistischen Aufstands in Mitteldeutschland. Er wurde gefangen genommen und am 23. Juni 1921 wegen Hochverrats und Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er verbüßte seine Strafe in der Strafanstalt Sonnenburg, wurde aber im Zusammenhang mit der Amnestie vom 18. Juni 1928 entlassen. Vorwiegend hielt sich Max Hölz in den letzten Jahren seines Lebens in der Sowjetunion auf. Er erreichte ein Alter von 43 Jahren. Sein Geburtsort war Moritz bei Riesa.

Kleine Nachrichten.

Anstelle des erkrankten Grafen Uchida ist der frühere Botschafter in Moskau Koki Hirota zum japanischen Außenminister ernannt worden.

Im Ostseebad Dahme ist durch Beschluß der Gemeindevertretersitzung der deutsche Gruß zum Pflichtgruß für jeden Einwohner bestimmt worden.

Zur Verteidigung des nationalen Marktes gegen eine eventuelle Ueberschwemmung mit Waren aus Ländern mit entwerteter Valuta ist in Italien eine entsprechende Erhöhung der bestehenden Zolltarife zur Kompensierung der Valutaentwertung in Aussicht genommen worden.

★

Der erste Schnee im Riesengebirge.

!! **Hirschberg**, 16. Sept. In der Nacht zum Samstag gingen auf dem Kamm des Riesengebirges die ersten Schnee- und Graupelschauer des Winters nieder. Am Sonnabend früh bedeckte eine einige zentimeterstarke Schneedecke den Kamm des Gebirges.

Schweres Segelbootsunglück vor Pillau.

◆ **Königsberg**, 17. Sept. Die mit vier Personen besetzte Segelyacht „Baldur" wurde Sonntag nachmittag etwa 700 Meter vom Pillauer Molenkopf entfernt bei der Wendung auf die Südermole geworfen und völlig zertrümmert. Der Besitzer der Yacht und zwei Damen ertranken. Der vierte Insasse, ein Jungmann, konnte von einer Barkasse des Linienschiffes „Hessen" gerettet werden.